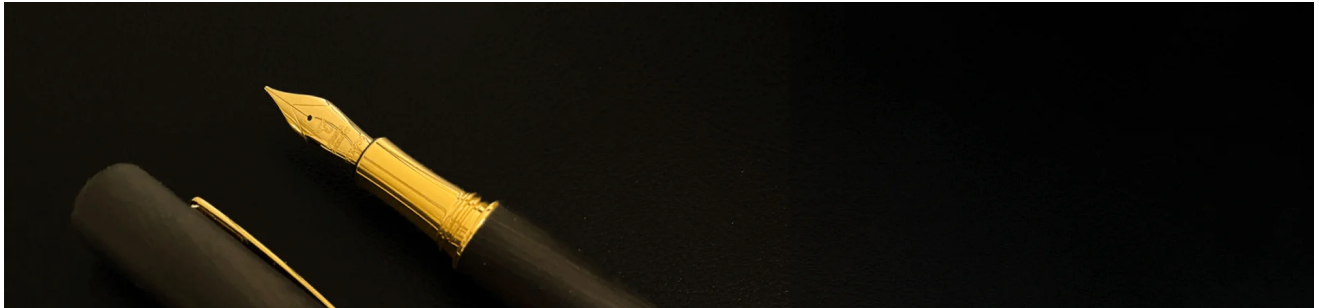


Werbung



02.11.2025 • 58

Editorial

So entstehen wohl autoritäre Regime

Die Einschüchterung ist die neue Normalität. Und die politische Elite hat es nicht im Ansatz verstanden - im Saarland plant man gleich die nächste Attacke gegen die Meinungsfreiheit. Die Geringschätzung grundlegender rechtsstaatlicher Prinzipien ist nur noch atemberaubend.



Max Mannhart

X @maxmannhart



Wir leben in einem Land, in dem wir uns mit der Normalität abgefunden haben, dass es zur Verfolgung von Äußerungsdelikten faktisch semi-private Hilfspolizeien gibt, die im Verhältnis 100 zu 1 politische Meinungen nur in einer bestimmten politischen Richtung verfolgen lassen. Wir haben uns damit abgefunden, dass bei Menschen die

Polizei im Morgengrauen klingelt, weil sie Scherze machen, die sadistische Beamte mit viel Kreativität missverstehen können. Die Einschüchterung ist Alltag geworden. Es ist genauso Alltag, dass mittlerweile in Serie Strafverfahren gegen Journalisten initiiert werden, wie der Fall Julian Reichelt gezeigt hat. Wer hätte gedacht, dass es so weit kommen kann?

Dazwischen folgt das Relativieren, das heimliche Feiern und das dämmliche Falschverstehen. Michael Kretschmer bringt Norbert Bolz etwa in eine Reihe mit jemandem, der den Hitler-Gruß zeigt. Hier fällt der sogenannte politische Mainstream in eine halb gestellte, halb echte Verblödung, die atemberaubend ist.

Ad



Was wir hier erleben, könnte man als prototypisch für das Entstehen autoritärer Regime betrachten. Man muss kein Experte in der Geschichte des Endes der Weimarer Republik sein, um über die Aktivierung der SA als Hilfspolizei und die entscheidende Rolle von semi-privaten Strukturen im Rahmen des Regimes Bescheid zu wissen.

Der Mechanismus ist immer und immer wieder derselbe: Wenn der Staat etwas tun will, muss er sich bei jedem seiner Schritte an rechtsstaatliche Prinzipien halten. Den Rechtsstaat unmittelbar abzuwickeln, ist schwerer. Unterhält der Staat stattdessen plötzlich formal private Organisationen und legitimiert sie zu de facto hoheitlichen Aufgaben, gibt es diese Widerstände nicht. Heute nennt sich dieses Hilfskonstrukt zur Überschreitung rechtsstaatlicher Grenzen „NGO“ – oder „Meldestelle“. Es bleibt dasselbe Muster. Damit allein ist der Rechtsstaat schon ausgehebelt und mithin am Ende. Dass dieser einfache und sofort offensichtliche Zusammenhang von so weiten Teilen der medialen Öffentlichkeit so bewusst geleugnet, bestritten oder schlichtweg nicht mehr verstanden wird, ist erschütternd genug. Eine privat unterhaltene Meldestelle, die der Strafverfolgung vorgeschaltet wird, sollte in einem Rechtsstaat undenkbar sein.

Werbung

Die Geringschätzung und das Unverständnis gegenüber grundlegenden Prinzipien einer rechtsstaatlichen Ordnung haben derartige Ausmaße angenommen, dass man Debatten führen muss, von denen niemand wohl gedacht hätte, dass das einmal nötig werden würde. Und die Parteien der sogenannten Mitte sind weit von Einsicht entfernt – im Gegenteil: Es geht noch weiter.

LESEN SIE AUCH:



Recherche unterdrückt

Zwei Journalisten kritisieren Einschüchterung bei ZDF-Sendung „Frontal21“

Redaktion • 44



Satireprojekt

In New York inszeniert ein Musical Anne Frank als pansexuelle Latina mit nichtbinärem Liebhaber

Marius Marx • 73

Im Saarland will die SPD-Justizministerin Petra Berg ausgerechnet den Paragraphen 188 des Strafgesetzbuchs, also die legendäre Politikerbeleidigung, auch auf Journalisten ausweiten. Das ist schon von vornherein deshalb eine absurde Idee, weil es im rechtlichen Sinne gar keine Journalisten gibt und jeder Bürger auch Journalist ist, sobald er es will.

Journalismus ist keine geschützte Berufsbezeichnung. Was für das Ego einiger Kollegen immens belastend ist, ist ein Ausdruck echter Meinungsfreiheit. Wenn man Pluralismus ernst nimmt, dann kann jeder Bürger Journalist sein und ist es im Prinzip auch. Wenn der Staat keine Aufsicht über die Medien haben soll, kann er auch nicht entscheiden, wer Journalist ist und wer nicht. Mit einer Rhetorik des vermeintlichen Schutzes der Pressefreiheit wird in Wahrheit die Meinungsfreiheit immer weiter in einem diffusen Bürokratie-Dschungel unter Druck gesetzt. Eine „Mitte“, die von den eigentlichen Prinzipien unseres Staates nicht mehr wissen will, ist keine. Es sind das Achselzucken und die Gleichgültigkeit, die autoritäre Regime möglich machen.

Teilen:

Zu den Kommentaren (58)

Einmalig Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€)

→ Weiter zum Zahlen

Apollo News monatlich unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

Junior 3 € **Standard** 9 € **Gegen-GEZ** 18.36 € **Sponsor** 50 € Anderer Betrag (€)